

# **Straßenausbaubeiträge könnten rückwirkend zum 1. Januar abgeschafft werden**

Ministerpräsident Bodo Ramelow (Linke) und Innenminister Georg Maier (SPD) hatten immer betont, eine Lösung zu finden, die die Bürger entlastet, ohne die Kommunen zu belasten. Eine gute und rechtssichere Regelung habe Vorrang vor Schnelligkeit.

02.03.2019 - 05:27 Uhr Thüringer Landeszeitung

Die Abschaffung der Straßenausbaubeiträge rückwirkend zum 1. Januar scheint möglich. Erfurt. Auch wenn die Änderung des Kommunalabgabengesetzes längst nicht verabschiedet ist, die rot-rot-grüne Landesregierung fühlt sich durch ein gestern bekannt gewordenes Gutachten zumindest in ihrer Auffassung gestärkt, dass eine endgültige Abschaffung der Straßenausbaubeiträge möglich ist. Von dieser Zeitung darauf angesprochen, sagte Innenminister Georg Maier (SPD), die Expertise komme zu dem Schluss, dass eine rückwirkende Erstattungspflicht unwahrscheinlich sei.

Nach Informationen aus Koalitionskreisen geht der Gutachter zudem davon aus, dass es möglich ist, die gesetzlichen Regelungen rückwirkend zum 1. Januar 2019 in Kraft treten zu lassen. Allerdings wird darauf hingewiesen, dass für alle Baumaßnahmen, die bis zum 31. Dezember 2018 beendet sind, weiterhin eine Beitragspflicht bestehen müsse. Für alle Baumaßnahmen, die vor dem 31. Dezember vergangenen Jahres begonnen, aber nicht abgeschlossen wurden, wird eine sogenannte Spitzabrechnung empfohlen. Das heißt nichts anderes, als dass das Land die zu erlassenden Bescheide übernimmt.

Die Beitragspflicht entfällt erst für alle nach dem 31. Dezember 2018 begonnenen Maßnahmen. Dafür, dass die Bürger nicht mehr zur Kasse gebeten werden können, wird das Land dann einspringen. Dieser Beitrag soll allerdings gedeckelt werden. Hier soll der Durchschnitt der Beitragshöhe der vergangenen zehn Jahre als Grundlage dienen, inklusive eines Aufschlags für Preissteigerungen. Ministeriumsexperten gehen von Kosten zwischen 20 und 30 Millionen Euro jährlich aus.

## **Lösung finden, die die Bürger entlastet, ohne die Kommunen zu belasten**

Wie dieses Geld ausgezahlt werden soll, ob über den Kommunalen Finanzausgleich oder ein spezielles Förderprogramm, müsste die Landesregierung noch entscheiden.

Ministerpräsident Bodo Ramelow (Linke) und Innenminister Georg Maier (SPD) hatten zuletzt immer betont, eine Lösung zu finden, die die Bürger entlastet, ohne die Kommunen zu belasten. Eine gute und rechtssichere Regelung habe Vorrang vor Schnelligkeit. Beide Kabinettsmitglieder warben stets für ausreichend Zeit, um eine Regelung zu finden, „die letztlich nicht für eine Klagewelle sorgt“.

Bürgermeister warnten in der Vergangenheit vor einer Zwei-Klassen-Gesellschaft unter den Bürgern: die einen, die die Straßenausbaubeiträge zahlen mussten und die, die künftig freigestellt würden. Für die Landesregierung stand immer fest, dass es keine Zusage geben könne, bereits gezahlte Straßenausbaubeiträge zurückzuzahlen. „Das wären 600 Millionen Euro. Das würde den Landeshaushalt in Schieflage bringen“, warnte Maier im September vergangenen Jahres. Zudem

müsse eine Regelung her, die nicht für einen „ungedeckelten Ausbauboom“ bei Straßen Sorge.

Die Regelungen zur Erhebung der Straßenausbaubeiträge im Thüringer Kommunalabgabengesetz, die Anfang 2019 gelten, sind nach einem Gutachten des Gemeinde- und Städtebundes verfassungswidrig. Es könne nicht sein, dass wohlhabende Gemeinden ihren Bürgern die Beiträge erlassen, arme aber nicht, hieß es.

Seit dem 1. Januar ist ein Beitragsverzicht möglich, wenn Kommunen finanziell entsprechend leistungsfähig sind und drei Jahre zuvor keine besonderen Zuweisungen vom Land erhalten haben. Den Kommunen wird zudem ein Ermessensspielraum bei der Höhe der Bürgerbeteiligung an den Kosten für den Straßenausbau eingeräumt. Zuvor mussten Kommunen die Grundstückseigentümer rückwirkend bis zu 20 Jahre an den Kosten für den grundhaften Straßenausbau beteiligen.

Die rot-rot-grünen Koalitionsfraktionen haben sich erst in der vergangenen Woche wieder zur vollständigen Abschaffung der seit vielen Jahren für Unmut sorgenden Ausbaubeiträge ausgesprochen. Möglichst zügig, am besten noch vor der Sommerpause, solle ein Gesetzentwurf in den Landtag eingebracht werden, hieß es.

[Debatte um Abschaffung: Sondershausen verzichtet 2019 auf Beiträge zum Straßenausbau](#)

[Thüringens Rechnungshofpräsident warnt vor Abschaffung von Straßenausbaugebühren](#)

Elmar Otto / 02.03.19